

## RESOLUTION

### Ökumenische Föderation der Konstantinopler

*Die Delegiertenversammlung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) verabschiedete am 10. Mai 2014 im Hotel des Nordens in Flensburg, Deutschland, folgende Resolution:*

**Unter Berücksichtigung** der „Erklärung über die Rechte von Personen der nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten der Vereinten Nationen“ (1992) sowie des Artikels 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte“ (1966);

**Unter Berücksichtigung** der Grundprinzipien, Grundrechte und politischen Forderungen, die deutlich in der "Charta der autochthonen nationalen Minderheiten in Europa" der FUEV (Bautzen, 2006) formuliert wurden;

**In Anbetracht** der einstimmig am 19. Mai 2012 von der FUEV-Delegiertenversammlung verabschiedeten Resolution über die Notwendigkeit der Abhilfe und Wiedergutmachung von Minderheiten, die Opfer von Staaten geworden sind; deren Menschenrechte, auf der Grundlage der UN-Resolution 60/147 vom Dezember 2005 „Grundprinzipien und Leitlinien Betreffend das Recht der Opfer von Verletzungen Internationaler Menschenrechtsnormen oder des humanitären Völkerrechts auf Rechtsschutz und auf Wiedergutmachung“ verletzt wurden.

**In Erinnerung** an die 50 Jahre, die seit der Deportation und Vertreibung durch die Republik Türkei vergangen sind und 1964 in Istanbul mit der Ausbürgerung das Aussterben der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft zum Ziel hatte;

**Unter Hinweis** auf die massive Abwanderung der griechisch-orthodoxen Gemeinde von Istanbul und der Inseln Gökçeada (Imbros) und Bozcaada (Tenedos), die im Zeitraum von 1964 bis 2003 stattfand. Diese Abwanderung hatte zur Folge, dass die Gemeinschaft in ihrer Heimat von 100.000 Mitgliedern Anfang der 1960er Jahre auf heute 2.000 Personen zurückgegangen ist. Maßnahmen, die gegen die Minderheit gerichtet waren und gut dokumentiert sind sowie von Spitzenvertretern der türkischen Regierungen auch eingestanden wurden (R.T.Erdoğan in Düzce, am 24. Mai 2009 und ein Rundschreiben des Premierminister an alle Behörden vom 15. Mai 2010);

**In der Erkenntnis**, das solche bösartigen Ereignisse gegen Minderheiten immer wieder an verschiedenen Orten der Welt auftreten;

#### ***Fordert die Delegiertenversammlung***

alle Staaten auf, wirksame Maßnahmen zur Beseitigung dieser Praktiken zu ergreifen; die Mitglieder der FUEV dazu auf, die oben genannten oder ähnliche schädliche Praktiken gegenüber den Minderheiten zu verurteilen;

die Regierung der Republik Türkei dazu auf, dringende Maßnahmen zu ergreifen, die Abhilfe und Wiedergutmachung gegenüber der ausgebürgerten griechisch-orthodoxen Gemeinschaft der Türkei schafft und dabei den Vorschlägen der Ökumenischen Vereinigung der Constantinopolitans folgt:

- Die Wiedereinführung der Staatsbürgerschaften
- Die rechtliche Unterstützung beim Rückerwerb von Immobilien
- Die ethische und effiziente Unterstützung der Rückführung
- Die Rückkehr allen Besitzes der historisch griechisch-orthodoxen Gemeinschaft und ihrer Institutionen
- Die Lösung der aktuellen Probleme der Gemeinschaft mit Wohnsitz in der Türkei, wie zum Beispiel das seit 16 Monate bestehende Verbot von demokratischen Wahlen innerhalb der „Wohlfahrtsstiftungen“.